

Helmut Wittelsbürger

Spaniens Problem mit dem Baskenland

Auch nach vorgezogenen Neuwahlen keine Lösung

Das größte innenpolitische Problem Spaniens ist nach wie vor die ungelöste Baskenfrage. Die Regionalwahlen vom 13. Mai haben die politische Repräsentanz der ETA von 17 auf zehn Prozent abschmelzen lassen. Die gemäßigten baskischen Nationalisten (PNV) sind als Sieger aus dem Urnengang hervorgegangen. Die gesamtspanischen Parteien PP und PSOE haben ihr Wahlziel, stärker als die regionalistischen baskischen Kräfte zu werden, verfehlt. Juan José Ibarretxe, der alte und neue „Ministerpräsident“, geht gestärkt aus den Wahlen hervor und muss vorläufig mit einer Minderheitsregierung erneut den Friedensprozess im Baskenland organisieren.

■ Hintergründe und neuere Entwicklungen

Mit dem Ende der Franco-Zeit und der Ausarbeitung der heute gültigen demokratischen Verfassung im Jahre 1978 ist der Konflikt zwischen dem Baskenland und der Madrider Zentralregierung nicht beigelegt worden. Obwohl in der Verfassung die nationale Vielfalt Spaniens ausdrücklich betont wird, wurde seither nach Ansicht vieler Basken dem Verlangen nach mehr Eigenständigkeit nicht genügend Rechnung getragen. Als Begründung für mehr Autonomie bis hin zur nationalen Selbständigkeit sieht der baskische Nationalismus die kulturelle und sprachliche Besonderheit des Baskenlandes an. Das Baskische ist als nicht-indogermanische Sprache mit keiner der anderen auf der Iberischen Halbinsel gesprochenen Sprachen verwandt. Diese Andersartigkeit führte 1895 zum Erwachen des baskischen Nationalismus und zur Gründung des Partido Nacionalista Vasco (PNV)¹⁾

In der Ära Franco (1939-1975) wurde jeglicher regionaler Nationalismus in Spanien, der auf kultureller Eigenständigkeit basierte, vor allem in Katalonien und im Baskenland, unterdrückt. Der Gebrauch der baskischen Sprache war sowohl im öffentlichen als auch im privaten Leben verboten. Als der baskische Nationalismus nach dem Zweiten Weltkrieg seine Hoffnungen auf einen Sturz Francos enttäuscht sah, trat Anfang der sechziger Jahre zum erstenmal die ETA als militante nationalistische Gruppe in Erscheinung. Radikaler Nationalismus, gepaart mit marxistischen und anarchistischen gesellschaftlichen

Ordnungsvorstellungen, fügten sich zu einem Ideen-gebäude zusammen, das auf eine nicht unbedeutende Anhängerschaft zurückgreifen kann. Seit nunmehr 30 Jahren macht die ETA durch Terroranschläge auf sich aufmerksam, die 1968 die ersten Opfer forderten. Der auch international spektakulärste Anschlag galt 1974 dem designierten Nachfolger Francos, Carrero Blanco. Noch 1975 wurden fünf ETA-Terroristen kurz vor Francos Tod exekutiert. 1977 erließ die erste demokratische Regierung eine allgemeine Amnestie für die ETA-Terroristen, aber auch für die Verbrechen der Franco-Diktatur.

Nach der Verabschiedung der Verfassung 1978, die die Basken nicht ratifizierten, wurden den autonomen Regionen mehr und mehr Kompetenzen übertragen. Dennoch blieb es bei der Spaltung des baskischen Nationalismus in eine nationalistische christlich-demokratische-gemäßigte, bürgerliche politische Partei (PNV) und einen politischen Arm (HB) der Terrororganisation ETA, der für eine Loslösung von Spanien mit Waffengewalt und der Errichtung eines baskischen Staates unter Einschluss der spanischen Autonomen Region Navarra und der französisch-baskischen Provinz eintritt. Die Anschläge der ETA kosteten in der Zeit von 1968 bis 2001 850 Menschen das Leben und erzeugten im Baskenland ein Klima der Einschüchterung und Bedrohung. Dies führte u. a. Anfang der achtziger Jahre zur Aufstellung von staatlichen Antiterrorgruppen, die unter der Verantwortung des damaligen sozialistischen Innenministers Aktionen durchführten, die nach Ansicht des Obersten Spanischen Gerichtshofes rechtsstaatliche Grenzen überschritten und Mitte 1998 zur Verurteilung der damals politisch Verantwortlichen führte. Zwischenzeitlich wurden der seinerzeitige Innenminister und sein Staatssekretär durch einen Gnadenakt der Regierung vor Weihnachten 1998 wieder auf freien Fuß gesetzt. Anfang Mai 2001 wurde gerichtlich verfügt, die beiden ehemaligen Spitzenpolitiker sollten aufgrund eines Delikts, das durch die Begnadigung 1998 nicht abgedeckt war, erneut eine Haftstrafe antreten.

Im September 1998 verkündete ETA einseitig einen unbefristeten Waffenstillstand. Vorausgegangen waren nach der Ermordung mehrerer kommunaler Abgeordneter des Partido Popular Massende-

1) Partido Nacionalista Vasco (PNV): 1895 gegründete und älteste nationalistische Partei, christlich-demokratisch und Mitglied bis 99 von EVP (Europäische Volkspartei) und bis Ende 2000 in der CDI (Christlich-Demokratische Internationale). Sie stellt seit 1980 den *Lehendakari* (baskischer Regierungspräsident) und tritt für Autonomie mit mehr Selbstbestimmungsrechten für das Baskenland ein.

monstrationen im Baskenland und in nahezu allen spanischen Städten, in denen die Bevölkerung ein Ende der Gewalt forderte. Daneben gelangen der spanischen und französischen Polizei im Laufe der letzten Jahre beachtliche Erfolge im Kampf gegen den Terror. Hinzu traten der Waffenstillstand und die Fortschritte im Nordirischen Friedensprozess. Die ETA verglich die eigene Rolle gerne mit der der IRA, während sich Herri Batasuna (HB)²⁾, der politische Arm der ETA, in der Rolle Sinn Feins gefiel. Durch die Aufnahme von Gesprächen zwischen Sinn Fein und der Regierung Blair sahen sich ETA und HB gezwungen, ihren kompromisslosen Kurs zu überdenken. Dabei kam HB zugute, dass die gemäßigten baskisch-nationalistischen Parteien Gesprächsbereitschaft zeigten. Diese Gespräche mündeten schließlich in die Erklärung von Estella vom 12. September 1998, die von PNV, EA³⁾, HB, IU⁴⁾ und 19 weiteren sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen des Baskenlandes unterzeichnet wurde. Diese Erklärung enthält eine Verpflichtung zu allseitigen und offenen, gleichzeitig aber rein baskischen Verhandlungen über die Zukunft des Baskenlandes (sog. alleiniger baskischer Entscheidungsspielraum).

■ Der PNV verlässt das Lager der Demokraten

Die Kontakte von PNV mit HB stellten eine Abkehr von der bisherigen Übereinkunft aller spanischen demokratischen Parteien dar. Bisher galt der Grundsatz: mit ETA wird nicht verhandelt, solange ETA mordet. Folglich wurde dieser Dialog heftig von PP⁵⁾ und PSOE⁶⁾ kritisiert. Während vor dem Waffenstillstand der ebenfalls aus dem Baskenland stammende spanische Innenminister, Jaime Mayor Oreja, einen harten Kurs gegen die ETA vertrat und darin auch von der gesamtspanischen Opposition unterstützt wurde, konnte man in der Folgezeit eine Doppelstrategie der Regierung in Madrid erkennen. Zum einen betonte sie, dass sie am unnachgiebigen Kurs gegenüber der ETA festhalte, insbesondere da nicht abzusehen sei, ob die ETA diesen Waffenstillstand nicht bloß verkündete, um die Wahlaussichten der nationalistischen Parteien im Herbst 1998 zu verbessern und sich darüber hinaus selbst eine Atempause zu

- 2) Herri Batasuna (HB, Einiges Volk): Als erweiterte Wahlkampfallianz nennt sich HB seit September 1998 Euskal Herritarrok (EH, Baskenbürger). HB wurde 1978 als politischer Arm der ETA gegründet. Die Partei steht für die Errichtung eines unabhängigen baskischen Staates unter Einschluss von Navarra und den französisch-baskischen Provinzen. HB erkennt die Spanische Verfassung und das baskische Autonomiestatut nicht an.
- 3) Euskadi Alkartasuna (EA, Baskische Solidarität): Sie ist nationalistisch, eine sozialdemokratische Abspaltung des PNV und tritt ebenfalls für die baskische Unabhängigkeit von Spanien ein. Der Vorsitzende Garaikochea war erster Regierungspräsident des Baskenlandes nach der Franco-Diktatur.
- 4) Izquierda Unida: Von den Kommunisten geleitete Koalition der vereinigten Linken, die für das Selbstbestimmungsrecht aller Regionen in einem republikanisch-föderalistischen Staat eintritt.
- 5) Partido Popular: Spanische Regierungspartei, die in Madrid mit der Unterstützung des PNV in der Legislaturperiode 1996 – 2000 regierte. Sie steht hinter der bestehenden Verfassung und dem bisherigen Autonomiestatut.
- 6) Partido Socialista Obrero Español – Sozialistische Spanische Arbeiterpartei; die baskische PSOE nennt sich PSE.

verschaffen; zum anderen wurde jedoch die Bereitschaft der Regierung zu Verhandlungen mit HB oder sogar direkt mit der ETA signalisiert. Ein Anzeichen dafür war auch die Verlegung von vier Häftlingen der ETA in baskische Gefängnisse und damit eine teilweise Erfüllung dieser immer wieder vorgetragenen Forderung nationalistischer baskischer Kräfte.

Die Regionalwahlen vom 25. Oktober 1998, bei denen der PNV zwar stärkste Partei blieb, der Partido Popular und der politische Arm der ETA (HB – EH) jedoch als Sieger anzusprechen waren, führten zu langwierigen Verhandlungen über die Regierungsbildung. Die nationalistischen Kräfte setzten sich durch und Juan José Ibarretxe, PNV-Kandidat für das Amt des „Ministerpräsidenten“ entschloss sich auf Druck und massive Einflussnahme des PNV-Vorsitzenden Javier Arzallus zu einer rein baskischen Regierung aus PNV und EA mit parlamentarischer Unterstützung durch HB. Diese hatte mit 41 von 75 Parlamentssitzen eine komfortable absolute Mehrheit.

■ **Friedensverhandlungen in Anlehnung an das irische Vorbild gescheitert**

In den Folgemonaten und während des ersten Halbjahres 1999 wurden Friedensverhandlungen mit Vertretern des politischen Armes der ETA, aber auch direkt mit Repräsentanten der Terroristenorganisation in Spanien und in der Schweiz aufgenommen. Daran beteiligte sich die spanische Regierung. Obwohl die Straßengewalt durch die ETA und durch die militante Jugendorganisation Jarrai durch mehrere Sachanschläge mit Molotowcocktails weiterbetrieben wurde, hielt sich ETA an den im September 1998 verkündeten Waffenstillstand. Feige Morde fanden zwischen September 1998 und November 1999 nicht statt.

Die Friedensverhandlungen führten zu keinen Ergebnissen. Die Forderungen nach einem von Spanien unabhängigen Baskenland unter Einschluss von Navarra und des französischen baskischen Gebietes waren für die spanische Regierung inakzeptabel und unerfüllbar. Trotz der Versuche einer internationalen Vermittlung im zweiten Halbjahr 1999 kündigte ETA ihren Waffenstillstand Ende November 1999

■ **Die Friedensverhandlungen führten zu keinen Ergebnissen. Die Forderungen nach einem von Spanien unabhängigen Baskenland unter Einschluss von Navarra und des französischen baskischen Gebietes waren für die spanische Regierung inakzeptabel und unerfüllbar.**

auf. Die Verhandlungen waren damit endgültig gescheitert. Der Terror begann von neuem.

Seit dieser Zeit sind in über 40 Attentaten 31 Todesopfer zu beklagen (zwischen Dezember 1999 und Mai 2001). Mit dem ehemaligen Justizminister der PSOE-Regierung, Prof. Ernest Lluçh, und dem Vorsitzenden der Volkspartei in Aragon, Jiménez Abad, wurden zwei Spitzenpolitiker ermordet, die als gemäßigt galten und für eine Verhandlungslösung in der Baskenfrage eintraten. Daneben nahm der Psychoterror durch Einschüchterungen zu. Drohbriefe an baskische Persönlichkeiten, Drohanrufe, Graffiti mit Namen angeblicher baskischer Feinde auf Häuserwänden und Mauern, durch die insbesondere Vertreter gesamtspanischer Parteien eingeschüchtert wurden, erzeugten ein Klima der Unsicherheit und Unfreiheit, von dem auch Unternehmer betroffen waren, die zur Zahlung der Revolutionssteuer oder zum Verlassen des Landes aufgefordert wurden.

■ **Die erfolglosen Friedensbemühungen und die Aufkündigung des Waffenstillstandes führten auch zu einer Verhärtung der Fronten zwischen dem politischen Arm der ETA und dem regierenden PNV.**

Die erfolglosen Friedensbemühungen und die Aufkündigung des Waffenstillstandes führten auch zu einer Verhärtung der Fronten zwischen dem politischen Arm der ETA und dem regierenden PNV. Die 14 Abgeordneten von HB kündigten Anfang 2000 ihre Zusammenarbeit im baskischen Regionalparlament auf. Der PNV, gemeinsam mit EA, hatte keine Mehrheit mehr.

■ **Polarisierung zwischen zwei ehemals Verbündeten – Grundlage für die Wahlkampfstrategie der spanischen Regierung**

Nach den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 entschied sich der Europaabgeordnete des PNV, seine Mitgliedschaft in der EVP-Fraktion aufzukündigen und sich der Gruppe der Europäischen Grünen anzuschließen. Durch diesen Schritt wollte der PNV deutlich machen, dass eine Zusammenarbeit in einer politischen Gruppierung, in der auch der gesamtspanische PP tätig ist, der baskischen Sache nicht angemessen ist. Mit Verweis auf die EVP-Statuten, die festlegen, dass die EP-Parlamentarier aus den EVP-Mitgliedsparteien sich in einer gemeinsamen Fraktion im Parlament zusammenfinden, wurde einem von Seiten des spanischen PP beförderten

Antrag zum Ausschluss des PNV aus der EVP wegen Verstoßes gegen diese Bestimmungen im Spätherbst 1999 von den zuständigen Parteigremien in Brüssel mehrheitlich zugestimmt.

Im März 2000 gewann die Volkspartei in einem überwältigenden Sieg die allgemeinen Parlamentswahlen und stellte die absolute Mehrheit der Sitze in den Cortes. José María Aznar ist seit diesem Zeitpunkt nicht mehr auf nationale Abgeordnete regionaler Parteien angewiesen, um seine Regierungsfähigkeit und parlamentarische Mehrheit zu sichern.

Der baskische PNV, die katalanische CiU und die kanarische Parteienkoalition waren in der Legislaturperiode 1996 – 2000 der Volkspartei durch einen Regierungspakt verbunden und sicherten der Regierung in Madrid die Mehrheit im nationalen Parlament.

Nach der zweiten Regierungsbildung unter José María Aznar verschärfte sich der Ton gegenüber dem politischen Gegner im Baskenland. Die Konflikte und Auseinandersetzungen über die Strategie zur Lösung der Baskenfrage zwischen dem nationalistischen Block aus PNV, EA sowie dem politischen Arm der ETA und den beiden gesamtspanischen Parteien PP und PSOE verhärteten und intensivierten sich. Das Scheitern der Friedensverhandlungen mit der Aufkündigung des ETA-Waffenstillstandes, das Wiederaufflammen der Terroranschläge insbesondere gegen Gemeindepolitiker der gesamtspanischen Parteien, die Deutlichkeit, mit der ETA der spanischen Regierung zeigte, dass sie die Waffenruhe zur Stärkung ihrer eigenen Organisation und Schlagkraft in Frankreich und in Spanien genutzt hatte, das sture Festhalten des PNV an einer Strategie des Dialogs auch unter Einbeziehung der Vertreter der Terrororganisation sowie das Nichtabrücken der rein baskischen politischen Kräfte von der Forderung nach mehr Selbstbestimmung bis zur Autonomie mit Loslösung aus dem gesamtstaatlichen Verbund führten im Verlauf des Jahres 2000 zu einer bisher kaum gekannten Polarisierung zwischen PP und PNV. Die gegenseitigen Vorwürfe, Unterstellungen, die persönlichen Verunglimpfungen und Beleidigungen der Spitzenpolitiker verhärteten und vergifteten das innenpolitische Klima. Vergleiche von Aznar mit Milosevic, von José María Aznar mit einem Postfranquisten, das

Der baskische PNV, die katalanische CiU und die kanarische Parteienkoalition waren in der Legislaturperiode 1996 – 2000 der Volkspartei durch einen Regierungspakt verbunden und sicherten der Regierung in Madrid die Mehrheit im nationalen Parlament.

Verbot der ETA-Zeitung durch die spanische Justiz, die Festnahme der Herausgeber und die nicht eindeutige Distanzierung vom Terror durch die PNV-Führung boten Angriffsflächen und erzeugten Aufgeregtheiten, die häufig die Grenzen des guten Geschmacks sprengten und dazu führten, dass sich viele Basken mit ihrer politischen Führung und mit dem ihres Erachtens zu Unrecht gescholtenen *Lehendakari* solidarisierten.

Die gegenseitigen Diffamierungen führten auf dem IDC-Kongress im Dezember 2000 in Santiago de Chile auf Drängen und Betreiben der spanischen Volkspartei zu dem Ausschluss des PNV aus der Internationale. Der Beschluss hat das Gründungsmitglied dieser Organisation, sowohl die PNV-Führung als auch die Mitglieder, tief getroffen. Damit waren den baskischen Nationalisten als christlich-demokratischer Partei die internationalen und europäischen Gesprächsforen weggebrochen.

■ Die Baskenfrage als europäisches und internationales Problem

■ Seit den Europawahlen und dem Ende 1999 beschlossenen Austritt des PNV aus der Familie der Europäischen Volkspartei veränderte der Partido Popular seine Strategie in Bezug auf das Baskenproblem im Rahmen seiner internationalen Parteibeziehungen. Man bemühte sich fortan um europäische und internationale Solidarität im Kampf um den ETA-Terror.

Seit den Europawahlen und dem Ende 1999 beschlossenen Austritt des PNV aus der Familie der Europäischen Volkspartei veränderte der Partido Popular seine Strategie in Bezug auf das Baskenproblem im Rahmen seiner internationalen Parteibeziehungen. Man bemühte sich fortan um europäische und internationale Solidarität im Kampf um den ETA-Terror. Dies stand im Gegensatz zur bisherigen Haltung der spanischen Regierung, das Baskenproblem sei ein innerstaatliches spanisches Anliegen; ausländische Einmischung sei nicht erwünscht. In der Folge haben die Partei, aber auch Ministerpräsident Aznar persönlich bedeutende Spitzenpolitiker befreundeter Parteien zu Besuchen nach Madrid eingeladen. Diese äußerten sich dann auch meist wunschgemäß im Sinne der Auffassung der spanischen Regierungspartei zur Behandlung der Baskenfrage und gaben auf diese Weise dem Standpunkt internationale Legitimität. Die EVP-Mitgliedsparteien solidarisierten sich auch durch die Annahme einer von der spanischen Schwesterpartei lancierten Resolution während des letzten EVP-Kongresses im Januar 2001 in Berlin.

Ermutigt durch die anfänglichen Fortschritte beim irischen Friedensprozess versuchte dagegen der PNV, die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Basken international abzusichern. Foren der Vereinten Nationen wurden benutzt, um das Baskenproblem im Sinne des PNV darzustellen und Verbündete dafür zu gewinnen. Auch beschäftigte sich der Europarat mit der Baskenfrage; im Europaparlament erhielt der PNV-Abgeordnete Redeverbot, als er die ETA nach einem der jüngsten Terroranschläge nicht verurteilte und die spanische Regierung als autoritär und repressiv brandmarkte.

Der Hauptvorwurf der gesamtspanischen Parteien gegen die gemäßigten Nationalisten des PNV gipfelte in der berechtigten Forderung, die baskische Regierung möge sich aus der Umklammerung einer undemokratischen politischen Partei lösen (gemeint war HB) und den Pakt von Estella aufkündigen. Zu diesem Schritt war weder der amtierende Ministerpräsident Ibarretxe noch der Vorsitzende des PNV, Arzallus, bereit. Dies verwundert, da auch der PNV mehr und mehr einsah, von der ETA und ihrem politischen Arm durch den Waffenstillstand getäuscht worden zu sein. Eine Rückkehr zum Grundkonsens aller Demokraten – die Gewalt als politisches Mittel ablehnen – wurde zwar von den gesamtspanischen Parteien PP und PSOE gefordert; erleichtert hat man dem PNV diesen Schritt jedoch nicht.

■ **Baskische Regierung ohne parlamentarische Mehrheit**

Mit dem Auszug der Abgeordneten von HB aus dem baskischen Regionalparlament war die Regierung Ibarretxe gegenüber der Zahl der Abgeordneten von PP und PSOE in der Minderheit. Eine ordnungsgemäße Regierungsarbeit war daher seit Anfang 2000 nicht mehr möglich. Schon frühzeitig wurden Stimmen aus dem Lager der gesamtspanischen Parteien laut, Ibarretxe solle zu vorgezogenen Neuwahlen aufrufen. Der baskische „Ministerpräsident“ widersetzte sich diesen Forderungen anfänglich hartnäckig. Nach wie vor stehe die Mehrheit der baskischen Bevölkerung hinter einer rein baskischen nationalistischen Regierung. Der Geist des Paktes von Estella bleibe gültig und sei nach wie vor Regierungsauftrag. Der PNV sei der einzige Garant für

■ **Ermutigt durch die anfänglichen Fortschritte beim irischen Friedensprozess versuchte dagegen der PNV, die Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Basken international abzusichern. Foren der Vereinten Nationen wurden benutzt, um das Baskenproblem im Sinne des PNV darzustellen und Verbündete dafür zu gewinnen.**

eine friedliche Verhandlungslösung in der Baskenfrage.

In diesem Klima der gegenseitigen Schuldzuweisungen, das kein gutes Beispiel für die politische Kultur in Spanien war, lenkte José Ibarretxe Ende 2000, Anfang 2001 ein und gab dem Druck der gesamtspanischen Parteien PP und PSOE mit ihrer Forderung nach vorgezogenen Neuwahlen nach. Nach mehreren Wochen der internen Beratungen und Überlegungen wurde der Wahltermin von der baskischen Regierung Anfang Februar auf den 13. Mai 2001 festgesetzt.

■ **Brüchige Allianz der „verfassungstreuen“ Parteien**

■ **Der insbesondere innerhalb der Sozialisten nicht unumstrittene Schritt einer gemeinsamen Vorgehensweise von PP und PSOE bei den Neuwahlen im Baskenland sah vor, dass bei Erreichen einer genügenden Mehrheit die gesamtspanischen Parteien eine Koalitionsregierung im Baskenland unter Ausschluss der nationalistischen Kräfte bilden könnten.**

Vorausgegangen war im Dezember 2000 ein Antiterrorismuspakt zwischen den großen spanischen Volksparteien PP und PSOE. Der insbesondere innerhalb der Sozialisten nicht unumstrittene Schritt einer gemeinsamen Vorgehensweise beider Parteien bei den Neuwahlen im Baskenland sah vor, dass bei Erreichen einer genügenden Mehrheit die gesamtspanischen Parteien eine Koalitionsregierung im Baskenland unter Ausschluss der nationalistischen Kräfte bilden könnten. Dies war eine bisher noch nicht versuchte Variante zur Lösung der Baskenfrage durch einen demokratischen Urnengang. Die Grundlage der Vereinbarung bildete das eindeutige Bekenntnis gegen die Gewalt als politisches Mittel. Im Rahmen rechtsstaatlicher Normen sei der Terror durch die Polizeikräfte zu bekämpfen. Der PNV habe der Gewalt durch seine Zusammenarbeit mit dem politischen Arm einer Terrororganisation Vorschub geleistet und sich damit aus dem Lager der Demokraten selbst ausgeschlossen.

Der erst seit Juli 2000 amtierende neue Vorsitzende des PSOE, José Luis Zapatero, der sich einerseits gegenüber dem nach wie vor hinter den Kulissen einflussreichen Felipe González zu profilieren sucht und andererseits durch eine konstruktive Opposition, die in Fragen von nationalem Interesse auch Gemeinsamkeiten mit der Regierung anstrebt, seinen eigenen Stil durchsetzen möchte, hatte es nicht einfach, die Gesamtpartei auf diesen Kurs zu verpflichten. Viele Spitzenpolitiker des PSOE, dessen baskischer „Landesverband“ in vergangenen

Legislaturperioden gemeinsam mit dem PNV regiert hatte, fürchteten, dass der vom PP initiierte Kurs der Polarisierung und der Ausgrenzung des politischen Gegners, dem sich der PSOE durch den Pakt anschließen musste, die Wahlchancen des baskischen PSE verringern könne und darüber hinaus Optionen für eine künftige Regierungsbildung verschütte.

■ Die Wahlstrategie der spanischen Volkspartei

Regierungschef José María Aznar als Vorsitzender des PP entließ Jaime Major Oreja auf eigenen Wunsch aus der Verantwortung als Innenminister und stimmte seiner Spitzenkandidatur für das Amt des baskischen „Ministerpräsidenten“ zu.

Jaime Major Oreja, selbst Baske, ein aus der früheren spanischen Christdemokratie (PDP) stammender Spitzenpolitiker der Regierungspartei, gehört seit vielen Jahren zu den populärsten und beliebtesten Ministern in Spanien. Seine monatlich erhobenen Sympathiewerte liegen seit Jahren an der Spitze, im Vergleich zu denen seiner Kabinettskollegen. Sein ruhiger prinzipientreuer Politikstil hat zu großen Erfolgen in der Bekämpfung des ETA-Terrors durch Festnahme wichtiger Köpfe der Untergrundorganisation in Frankreich und Spanien geführt. Die Zusammenarbeit mit der französischen Polizei hat sich unter seiner Führung des Innenministeriums deutlich verbessert. Jaime Major Oreja gilt für viele innerhalb der Volkspartei als geeignetster Nachfolger José María Aznars, der des öfteren öffentlich erklärt hat, als Kandidat für das Amt des Regierungschefs 2004 nicht mehr zur Verfügung zu stehen.

Ein anderes Image hat der spanische Innenminister jedoch im Baskenland. Für viele nationalistisch eingestellte Bürger symbolisiert er dort den obersten Polizeichef und den Vertreter des Zentralstaates. In der polarisierten baskischen Gesellschaft sind dies schwierige Grundvoraussetzungen, um als Spitzenkandidat mit dem Vorhaben anzutreten, die Wahlen zu gewinnen und Wählerstimmen aus dem nationalistischen baskischen Lager für den gesamtspanischen PP abziehen.

Mit dem Hauptwahlkampfmotto „Der Wunsch nach Freiheit“ versuchte die spanische Regierungspartei die nationalistische Gesinnung im Baskenland

■ **Regierungschef José María Aznar als Vorsitzender des PP entließ Jaime Major Oreja auf eigenen Wunsch aus der Verantwortung als Innenminister und stimmte seiner Spitzenkandidatur für das Amt des baskischen „Ministerpräsidenten“ zu. Jaime Major Oreja, selbst Baske, ein aus der früheren spanischen Christdemokratie (PDP) stammender Spitzenpolitiker der Regierungspartei, gehört seit vielen Jahren zu den populärsten und beliebtesten Ministern in Spanien.**

zu überwinden. Da fast die Hälfte aller baskischen Wähler und Wählerinnen das Autonomiestatut und die Grundsätze der spanischen Verfassung anerkennen, setzte hier die Strategie für den Wahlkampf des PP an. Mit der Unfreiheit, Bedrohung und Einschüchterung durch die ETA wurde argumentiert; der politische Gegner, PNV und EA, als die der Gewalt Vorschub leistenden politischen Kräfte angeprangert. Alle nationalistisch eingestellten politischen Kreise empfanden sich stigmatisiert und auf die gleiche Stufe mit dem politischen Arm der ETA gestellt. An den Personen Ibarretxe und Arzallus wurde dies hauptsächlich festgemacht. Dass dadurch eine Solidarisierung innerhalb des nationalistischen baskischen Lagers ausgelöst wurde, hatte man wohl nicht erwartet. Viele Basken empfanden zunehmende Sympathie für ihren *Lehendakari*, der ihrer Meinung nach mehr und mehr Opfer einer Kampagnenstrategie wurde.

■ Die während des Wahlkampfes und besonders in seiner letzten Phase veröffentlichten Umfrageergebnisse der Meinungsforschungsinstitute über den voraussichtlichen Wahlausgang sahen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem nationalistischen Block aus PNV, EA und HB und den gesamt-spanischen Parteien PSOE und PP voraus.

Die während des Wahlkampfes und besonders in seiner letzten Phase veröffentlichten Umfrageergebnisse der Meinungsforschungsinstitute über den voraussichtlichen Wahlausgang sahen ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem nationalistischen Block aus PNV, EA und HB und den gesamt-spanischen Parteien PSOE und PP voraus. Die extreme Linke unter Führung der Kommunisten, Izquierda Unida (IU), die für ein republikanisches und föderalistisches Spanien einsteht, schloss sich während des Wahlkampfes keinem der beiden Blöcke an.

■ Das Ergebnis der Wahlen zum baskischen Parlament

Am 13. Mai 2001 waren 1 812 452 baskische Wähler und Wählerinnen in Spanien und im Ausland aufgerufen, an den siebten demokratischen Wahlen zum baskischen Regionalparlament – nach dem Ende der Franco-Zeit – teilzunehmen. Die drei Provinzen des Baskenlandes entsenden – trotz unterschiedlicher Größe und Bevölkerungszahl – aufgrund der baskischen Verfassung je 25 Abgeordnete in das Regionalparlament. 416 000 Stimmen spielten beim Urnengang keine Rolle. Entweder die Stimmzettel waren ungültig oder die Stimmen (ca. 20 000) fielen auf politische Randgruppen ohne Repräsentation.

tion im Abgeordnetenhaus oder die Wahlberechtigten (20 Prozent) übten ihr Wahlrecht nicht aus.

Die Wahlbeteiligung war mit 79,9 Prozent die höchste bei regionalen Urnengängen im Baskenland seit der Demokratisierung (1998: 70 Prozent). Die gesamtspanischen Parteien PP und PSOE hatten die Basken zu einer hohen Beteiligung aufgerufen und animiert; sie versprachen sich davon eine Verstärkung ihrer eigenen Wählerschaft.

Verdoppelt hatten sich die Anträge auf Briefwahl. Ca. 80 000 Wähler machten davon Gebrauch. Auch das ist ein Zeichen für Einschüchterung und das Gefühl fehlender Wahlfreiheit als Ausdruck des politischen Klimas im Baskenland.

Eindeutiger Sieger der Wahl ist die nationalistische Koalition aus PNV und EA mit einer Steigerung um sechs Prozent gegenüber 1998 auf 42,7 Prozent. Damit entsendet der nationalistische demokratische Block 33 Abgeordnete in das Regionalparlament. Eindeutiger Verlierer ist der politische Arm der ETA. Er fiel von 17,9 Prozent im Jahre 1998 auf 10,1 Prozent zurück, die Zahl seiner Sitze im baskischen Parlament halbiert sich (sieben statt 14). Gleichwohl ist bestürzend, dass sich nach wie vor zehn Prozent der baskischen Bevölkerung hinter eine Partei stellt, die den Terror als politisches Mittel akzeptiert.

Die gesamtspanischen Parteien PP und PSOE haben ihr Wahlziel verfehlt. Sie haben keine Mehrheit der Sitze erreicht, um die künftige Regierung stellen zu können. Der PP konnte zwar seinen aufstrebenden Trend seit 1993 fortsetzen: Er erreichte mit 23 Prozent (inklusive der Stimmen für die Unión Alavesa, Koalitionspartner des PP in der Provinz Álava) das bisher beste Ergebnis bei baskischen Regionalwahlen. Dennoch reichen die auf ihn entfallenden 19 Sitze in der Summe mit den 13 (einer weniger als 1998) Deputierten für die Sozialistische Partei (17,8 Prozent) nicht für eine Mehrheit, wie sie im Wahlkampf von den beiden gesamtspanischen Parteien angestrebt worden war. Im Vergleich zu den allgemeinen Parlamentswahlen von März 2000 verlor der PP im Baskenland; damals waren ihm dort 28,2 Prozent der Stimmen zugefallen. Diesen Rückgang in der Wählergunst erfuhr auch der PSOE.

Die Vereinigte Linke unter Führung der Kommunisten konnte ihr Wahlergebnis gegenüber 1998 in

■ Eindeutiger Sieger der Wahl ist die nationalistische Koalition aus PNV und EA mit einer Steigerung um sechs Prozent gegenüber 1998 auf 42,7 Prozent. Damit entsendet der nationalistische demokratische Block 33 Abgeordnete in das Regionalparlament. Eindeutiger Verlierer ist der politische Arm der ETA.

absoluten Stimmzahlen ebenfalls verbessern. Sie entsendet daher einen Abgeordneten mehr als in der letzten Legislaturperiode in das baskische Parlament. Ihr relativer Anteil sank geringfügig von 5,7 Prozent im Jahre 1998 auf 5,5 Prozent 2001. Ihren drei Deputierten wird eventuell bei der Regierungsbildung und der Wahl des „Ministerpräsidenten“ eine Schlüsselrolle zufallen.

Bemerkenswert ist, dass die gesamtspanischen Parteien – ähnlich wie bei den letzten Regionalwahlen 1998 – in den Städten mit über 30 000 Einwohnern ein signifikant besseres Ergebnis erzielen konnten (57 Prozent gegen 42 Prozent) als in den Dörfern und Gemeinden auf dem Lande. Die Anhängerschaft des baskischen Nationalismus findet sich hauptsächlich unter der Landbevölkerung. In Gemeinden unter 500 Einwohnern ist der Zuspruch zum politischen Arm der ETA besonders ausgeprägt.

Unterteilt man die Wählerschaft nach Anhängern baskischer (PNV-EA-HB) und gesamtspanischer Parteien (PP-PSOE), so überwiegt auch bei diesen Wahlen der Zuspruch zum baskischen Nationalismus. Rund 54 Prozent der Basken stimmten Konzepten für mehr Selbstbestimmung, Autonomie und Verselbstständigung des Baskenlandes zu. Dieser Anteil ist im Vergleich zu den Regionalwahlen 1998 nahezu unverändert. Verschiebungen haben daher nur innerhalb der Blöcke stattgefunden. Erste Analysen der Stimmenwanderungen belegen, daß der PNV erheblichen Zuspruch unter ehemaligen HB-Wählern fand. Auch dies ist ein Zeichen für den eindeutigen Wählerwillen, mehr baskische Selbstständigkeit auf friedlichem und demokratischem Wege zu erreichen.

■ **Die Absage an die Gewalt als politisches Mittel ist das eindeutigste Votum der baskischen Wählerinnen und Wähler.**

Die Absage an die Gewalt als politisches Mittel ist das eindeutigste Votum der baskischen Wählerinnen und Wähler. Darüber hinaus will man seine vermeintliche baskische Andersartigkeit in Frieden und geordnet leben können. Diese Schlussfolgerungen aus dem Urnengang finden sich zehn Tage nach den Wahlen auch in den Analysen von PSOE, PNV, EA und IU wieder. Anders als bei den Wahlen 1998 entsendet der PNV mehr Abgeordnete als PP und PSOE zusammen. Die voraussichtliche Minderheitsregierung von Juan José Ibarretxe ist daher auch ohne Stimmen der HB-Abgeordneten gesichert.

■ Reaktionen der Spitzenpolitiker auf den Wahlausgang

Übereinstimmend betonten die Politiker der demokratischen Parteien mit großer Befriedigung den Rückgang in der Unterstützung des politischen Arms der ETA durch die baskischen Bürger. In Parlamenten hätten Parteien, die das Ziel verfolgen, die freiheitliche demokratische und pluralistische Gesellschaft abzuschaffen, nichts verloren. Die Halbierung der Abgeordnetenzahl von HB wurde daher von allen anderen Parteien mit Erleichterung aufgenommen.

Nach der Vorstands- und Präsidiumssitzung des Spanien regierenden Partido Popular, in der das Ergebnis der baskischen Regionalwahlen eingehend analysiert und beraten wurde, gaben Ministerpräsident José Maria Aznar und Generalsekretär Javier Arenas Erklärungen ab. Der Parteivorsitzende sieht keine Veranlassung, von den im Wahlkampf vertretenen Forderungen seiner Partei abzuweichen. Freiheit sei im Baskenland nicht gegeben. Verhandlungen über die baskische Selbständigkeit könne und wolle die Regierung nicht führen. Gespräche mit allen demokratischen Kräften seien möglich und notwendig – eine Einbeziehung des politischen Arms der ETA in diese Verhandlungsrunden lehne er nach wie vor ab, solange von Seiten HB keine eindeutige Distanzierung von den Morden der ETA erfolge.

Eine Selbstkritik an der Strategie des PP und das Eingeständnis, das Wahlziel nicht erreicht zu haben, fehlten in den offiziellen Verlautbarungen. Lediglich der Spitzenkandidat der Volkspartei, Jaime Mayor Oreja, hinterfragt in einem Interview mit spanischen Pressevertretern den von seiner Partei vorgegebenen Kurs der Ausgrenzung des baskischen Nationalismus.

Der langjährige Ministerpräsident Jordi Pujol, nach wie vor unbestrittener Spitzenpolitiker seiner Parteienkoalition CiU mit bürgerlich liberalen, christlich-demokratischen und konservativen Ordnungsvorstellungen in Katalonien, beglückwünschte den PNV zu seinem Wahlerfolg. Er verband seine Äußerungen mit dem Hinweis auf die notwendige Stärkung der spanischen Regionen und ihren regionalen nationalistischen Parteien. Dies führte prompt

■ Übereinstimmend betonten die Politiker der demokratischen Parteien mit großer Befriedigung den Rückgang in der Unterstützung des politischen Arms der ETA durch die baskischen Bürger. In Parlamenten hätten Parteien, die das Ziel verfolgen, die freiheitliche demokratische und pluralistische Gesellschaft abzuschaffen, nichts verloren.

zu einer Rüge durch Regierungschef Aznar, der Jordi Pujol daran erinnerte, die parlamentarische Mehrheit im katalanischen Landtag sei für die dortige Regionalregierung nur durch die Abgeordneten des „Landesverbandes“ seiner spanischen Volkspartei gewährleistet. Die Nervosität der Regierung angesichts des baskischen Wahlausgangs wurde auch deutlich, als José María Aznar in einer öffentlichen Rede aus Anlass der Gedenkfeier für den von der ETA vor den Wahlen ermordeten Vorsitzenden des PP in Aragon die baskischen Wählerinnen und Wähler als noch nicht reif für den notwendigen politischen Wechsel bezeichnete. Er verglich das baskische Wahlverhalten mit der fehlenden Grundstimmung aller Spanier während des Wahlkampfes für die allgemeinen Parlamentswahlen 1993, bei denen der PP auf eine Ablösung der sozialistischen Regierung von Felipe González vergeblich gehofft hatte. Die anderen politischen Parteien – an der Spitze der PSOE – kritisierten heftig diese angebliche Wähler-schelte.

■ Für Jaime Mayor Oreja ist die Niederlage besonders bitter und schmerzlich. Durch einen Sieg der gesamtspanischen Parteien wäre seine Stellung innerhalb des Partido Popular noch stärker geworden. In den verbleibenden zweieinhalb Jahren bis zu den allgemeinen Parlamentswahlen in Spanien hätte er mit aller Kraft im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten den ETA-Terror eindämmen wollen.

Für Jaime Mayor Oreja ist die Niederlage besonders bitter und schmerzlich. Durch einen Sieg der gesamtspanischen Parteien wäre seine Stellung innerhalb des Partido Popular noch stärker geworden. In den verbleibenden zweieinhalb Jahren bis zu den allgemeinen Parlamentswahlen in Spanien hätte er mit aller Kraft im Rahmen der rechtsstaatlichen Möglichkeiten den ETA-Terror eindämmen wollen. Wäre dies durch ein koordinierteres Vorgehen zwischen dem Madrider Innenministerium, der gesamtspanischen und der baskischen Polizei gelungen – wofür einiges spricht – wäre an ihm als Nachfolger Aznars für die Kandidatur zum Amt des spanischen Ministerpräsidenten kein Weg vorbeigegangen. So hat er bereits am Wahlabend erklärt, die PP-Opposition im baskischen „Landtag“ als ihr Sprecher anführen zu wollen. Eine Rückkehr nach Madrid ist für ihn vorläufig ausgeschlossen. Dies insbesondere wegen des notwendigen Zeichens der Solidarität mit den zahlreichen Kommunalpolitikern seiner Partei, die täglich im Baskenland um ihr Leben fürchten müssen. Ob Jaime Mayor Oreja auch künftig noch für größere gesamtspanische Aufgaben in Frage kommt, wird die Parteitagsregie des PP Ende Januar 2002 zeigen.

Auch der PSOE tagte nach den Wahlen und rief die Vertreter seiner Spitzengremien zusammen. Heftig wurde – insbesondere von Seiten der amtierenden sozialistischen Ministerpräsidenten – der Antiterrorpakt mit dem PP vom Dezember vergangenen Jahres kritisiert. Die Partei habe sich dadurch der Möglichkeit beraubt, im Wahlkampf differenziert gegenüber der Volkspartei zu argumentieren. Man habe sich dem Diktat des PP unterworfen, die gemäßigten demokratischen Nationalisten (PNV) zu diskreditieren. Aus diesem Dilemma müsse die Partei einen Ausweg finden. Das Wahlergebnis und das Wählervotum habe dem PNV das Mandat zur Regierungsbildung übertragen. Der PSOE solle seine Hand dazu reichen.

Obwohl sich José Luís Zapatero mit den Argumenten zur Verteidigung seiner Abgrenzungsstrategie gegenüber dem PNV nochmals in den Parteigremien durchsetzen konnte, kam einige Tage später Kritik vom ehemaligen Vorsitzenden Felipe González. Er tritt offen für eine Regierungszusammenarbeit mit den demokratischen baskischen Nationalisten ein und fordert Verhandlungen aller demokratischen politischen Kräfte zur Lösung der Baskenfrage.

Die extreme Linke (IU) hat verlautbaren lassen, sie sei zu einer gemeinsamen Regierungsbildung von PNV – PSOE/PSE – und IU bereit. Mit ihren drei Abgeordneten werde sie zur Wahl von Juan José Ibarretxe zum *Lehendakari* beitragen.

Juan José Ibarretxe geht gestärkt aus den Wahlen hervor. Seinen mäßigenden und auf Ausgleich bedachten Politikstil haben die Basken gewürdigt. Die Rollenverteilung innerhalb des PNV zwischen dem amtierenden „Ministerpräsidenten“ und dem auf Konfrontation angelegten Vorsitzenden Javier Arzallus war offensichtlich für das Wahlergebnis hilfreich. Beide beanspruchen jedoch den Erfolg. Inwieweit es in den kommenden Monaten Ibarretxe gelingt, sich von seinem mächtigen Ziehvater abzusetzen und eigene Statur zu gewinnen, wird entscheidend von der Regierungsbildung und den Maßnahmen zur Befriedigung des Baskenlandes abhängen. Arzallus kündigte einige Tage nach den Wahlen seinen Rückzug aus dem Vorsitz des PNV ab 2003 an. Die Entscheidung – sollte er sie nicht widerrufen – wurde von Teilen des PNV, aber auch von Spitzen-

■ **Juan José Ibarretxe geht gestärkt aus den Wahlen hervor. Seinen mäßigenden und auf Ausgleich bedachten Politikstil haben die Basken gewürdigt.**

politikern anderer Parteien mit Erleichterung aufgenommen.

Der Sprecher des politischen Arms der ETA, Arnaldo Otegui, warnte den PNV, die Befriedung des Baskenlandes sei ohne Beteiligung von HB nicht denkbar. Die an den PNV verloren gegangenen Wählerstimmen könnten jederzeit wieder HB zuwachsen. Der Pakt von Estella sei einzuhalten.

■ **Abstimmungsverhalten für die Wahl von Ibarretxe im baskischen Parlament unklar**

Der PNV hat einen eindeutigen Auftrag zur Regierungsbildung. Über die absolute Mehrheit der Abgeordnetensitze verfügt er nicht. Ob es gelingt, dass Juan José Ibarretxe schon im ersten Wahlgang von den „Landtagsabgeordneten“ mit absoluter Mehrheit der Stimmen zum *Lehendakari* gewählt wird, hängt von der Abstimmungsstrategie der Parlamentsfraktionen ab. Ibarretxe hat laut der baskischen Verfassung 60 Tage Zeit, um die notwendigen Verhandlungen mit den anderen politischen Gruppierungen über eine stabile Parlamentsmehrheit zu führen. Die drei Abgeordneten der Izquierda Unida werden ihm bereits im ersten Wahlgang zustimmen.

Die spanische Volkspartei hat am 24. Mai erklärt, ihre Abgeordneten werden sich der Stimme enthalten. Vermutlich wird der PSOE entweder geschlossen das gleiche tun oder die Abstimmung durch Gewissensprüfung den Abgeordneten überlassen.

■ **Kurz vor den Wahlen erklärte Ibarretxe, er wolle keine weitere Unterstützung von den HB-Abgeordneten in der kommenden Legislaturperiode. Diese Ankündigung hat er nach dem Wahlsieg wiederholt.**

Kurz vor den Wahlen erklärte Ibarretxe, er wolle keine weitere Unterstützung von den HB-Abgeordneten in der kommenden Legislaturperiode. Diese Ankündigung hat er nach dem Wahlsieg wiederholt. Auch machte der amtierende Ministerpräsident deutlich, er wolle keine Friedensverhandlungen unter Einbeziehung von HB. Nur die demokratischen Kräfte seien aufgefordert, eine Gesamtlösung für das Baskenland zu erarbeiten. Damit hat Ibarretxe de facto den Pakt von Estella aufgekündigt – eine wichtige Forderung von PP und PSOE – und den Weg für eine Lagerbildung aus nationalistischen und gesamtspanischen demokratischen Parteien freigemacht. Dies ist um so wichtiger, da die ETA auch nach den Wahlen weiter mordet.

Falls die sieben Abgeordneten des politischen Arms der ETA Ibarretxe bei seiner Wahl zum *Lehendakari* im Parlament ihre Stimmen geben, ist dies eher als Reaktion auf die Verärgerung bei HB durch seine jüngsten Äußerungen zu verstehen denn als Unterstützung für seine künftige Politik und Regierung. Möglich ist auch die Enthaltung durch die HB-Abgeordneten.

Die Wahrscheinlichkeit nimmt zu, daß Juan José Ibarretxe im ersten – jedoch sicher im zweiten – Wahlgang zum „Ministerpräsidenten“ gewählt wird. Ein Termin dafür steht noch nicht fest. Der designierte *Lehendakari* begann in der zweiten Woche nach den Wahlen mit Sondierungsgesprächen, zu denen alle demokratischen Parteien eingeladen wurden. Sollte der PSOE bei seiner mehrheitlichen Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der PNV-Regierung vorläufig bleiben, wird wohl die parlamentarische Mehrheit von Fall zu Fall jeweils neu gesucht werden müssen. Trotz der vorgezogenen Neuwahlen vom 13. Mai ist die Baskenfrage weiterhin ungelöst und offen.

Das Manuskript wurde am 25. Mai 2001 abgeschlossen.